

Dr. Carola Ensslen

DR. CAROLA ENSSLEN

MEINE POLITISCHEN ZIELE

Demokratie und Gerechtigkeit waren für mich die Grundmotive, Jura zu studieren, auch wenn die Praxis dem nicht immer entspricht. Vielmehr hat sie das Augenmerk darauf gerichtet, dass soziale Gerechtigkeit für die Einzelnen und unser Zusammenleben elementar sind.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind aber durch tiefe soziale Spaltungen gekennzeichnet. Wir haben eine steigende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung. Reichtum entsteht weniger durch Arbeit, als vielmehr durch Erbschaften und Spekulationen an den Finanzmärkten. Das verstärkt das Ungerechtigkeitsgefühl derer, die so schlecht bezahlt werden, dass das Geld nicht für ihren Lebensunterhalt reicht. Über viele Jahre hinweg sanken ausgerechnet bei den unteren Einkommen die Reallöhne. Verstärkt wird die schwache Lohnentwicklung durch die sich wandelnde Arbeitswelt, in der sich die Durchsetzungschancen der Arbeitnehmer_innen und ihrer Vertretungen verschlechtern.

Die linke Forderung nach deutlichen Lohnzuwächsen vor allem bei Geringverdiener_innen bleibt wichtig. Genauso wichtig ist es aber auch, die verschiedenen Formen der Beschäftigung in den Blick zu nehmen. Die Ausrichtung auf Normalarbeitsverhältnisse allein wird da nicht genügen. Für alle gilt: Eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung wird als Auffangnetz dringend benötigt, denn das jetzige Hartz-IV-System ist zynisch und menschenverachtend.

Mein Motto: Sich mit dem Herz auf dem richtigen Fleck für seine Überzeugungen einsetzen. Nur die LINKE tritt überzeugend für eine solidarische Gesellschaft ein. Darum bin ich dabei.

.

POLITISCH:

in Partei und Parlament

- von 2001 bis 2014 in verschiedenen Positionen in der SPD aktiv, u. a. auch als Mitglied der Bezirksversammlung Eimsbüttel
- 2014 Eintritt in die Partei DIE LINKE und seitdem dort u. a. Mitglied im Landesvorstand.

- außerdem Landessprecherin des Forum Demokratischer Sozialismus (fds) Hamburg.

außerparlamentarisches Engagement

- Mitgliedschaften: Flüchtlingshilfe Harvestehude, Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, BUND Hamburg, EnergieNetz Hamburg.
- da aktiv, wo Hilfe gebraucht wird – egal, woher die Menschen kommen.

BIOGRAFISCH:

1961 geboren in Mühlheim am Main und dort aufgewachsen. Seit 2002 lebe ich in Hamburg. Ich habe eine Tochter und drei Enkelkinder.

BERUFLICH:

- Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main
- Promotion, Tätigkeiten in der Wissenschaft, in einem Wohlfahrtsverband in Köln und Hamburg, sowie als Rechtsanwältin.
- Seit November 2017 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

PRESSEMITTEILUNGEN

PARLAMENTARISCHE ANTRÄGE

Hier finden Sie aktuelle Anträge der Abgeordneten Dr. Carola Ensslen– ältere Anträge, kleine und große Anfragen finden Sie [in der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft](#).

30. Oktober 2018

[Zuschlag zur Grundsicherung im Alter \(SGB XII\) einführen und erhöhte Lebenshaltungskosten in Hamburg berücksichtigen](#)

Immer mehr Menschen sind in Hamburg von Altersarmut betroffen und beziehen Grundsicherungsleistungen. Diese sind allerdings nicht nicht an die überdurchschnittlich hohen Lebenshaltungskosten in Hamburg angepasst. Wir beantragen daher einen Zuschlag zur Grundsicherung im Alter. [Zum Antrag](#)

13. Juni 2018

Minijobs abschaffen – Mehr reguläre Beschäftigung ermöglichen!

Im April 2018 stellte der DGB Hamburg einen [Minijobreport für Hamburg](#) vor. Die Zahlen weisen eine deutliche Steigerung der geringfügigen Beschäftigung in Hamburg auf: Fast 177.000 Menschen waren 2017 in einem Minijob beschäftigt, davon über 105.000 ausschließlich. Von den ausschließlichen Minijobbern/-innen sind fast 63.000 Frauen. [Zum Antrag](#)

31. Januar 2018

Gebührenordnung für öffentlich veranlasste Unterbringungen gerecht und sozial gestalten

Kurz vor Weihnachten 2017 erhielten die Bewohner/-innen von Erstaufnahmeeinrichtungen und Wohnunterkünften ein Flugblatt, in dem sie darüber benachrichtigt wurden, dass ab 2018 pro Person eine monatliche Gebühr von 587 Euro für Wohnunterkünfte und 495 Euro für Erstaufnahmeeinrichtungen anfällt. Bei Sozialleistungsbeziehern/-innen werden die Gebühren zwar als Kosten der Unterkunft übernommen. Über die Feiertage und zwischen den Jahren löste die Änderung jedoch Unruhe und Verunsicherung aus, da nicht geklärt werden konnte, wer in welchem Umfang betroffen ist. [Zum Antrag](#)

30. Januar 2018

Nicht auf Kosten der Menschen in benachteiligten Quartieren sparen: Tagwerk-Projekte erhalten

Bei Trägern des niedrighschwelligen Programmes Tagwerk bestehen zurzeit große Unsicherheiten über dessen weitere Perspektive. Sie befürchten gar eine Abwicklung der Maßnahme, da sie trotz eines Auslaufens der Finanzierung im März 2018 noch keine verbindliche Zusage und positive Entscheidung über die Fortsetzung haben. Es ist aber jetzt an der Zeit, die für die Fortsetzung der Projekte notwendigen Vorkehrungen zu treffen. [Zum Antrag](#)